Nummer 200

Bezugs-Preis ohne Bringerlohn: Vierteljährlich für Berlin 8 Mk. 20 Pf., für ganz Deutschland durch die Post 10 Mk. 20 Pf., für das Ausland mit dem entsprechenden Aufschlag. Kreuzbandsendungen 25 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstrasse 37

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungsspeditoren und unserer Geschäftsstelle

Berliner Börsen-Zeitung

Abend-Ausgabe mit Kurszettel

64. Jahrgang

Anzeigen-Preis: Die 9gespaltene Zeile 1,30 Mk., Reklamezeile 3 Mk.

Als besondere Beilagen erscheinen: Ergänzungen z. Kurszettel, Zinstechin-Kalender, Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaften, Allgemeine Verlosungslisten mit Restantenlisten, Ziehungslisten der Preussischen Süddeutschen Klassenlotterie und viele andere tabellarische Übersichten

Die Zeitung erscheint in der Woche dreizehnmal

Zuschriften an die Geschäftsstelle direkt erbeten

Telegramm-Adresse: Börsenkrone

Fernsprecher der Schriftleitung und Geschäftsstelle: Zentrum 243 u. 12352

Sonnabend, 3. Mai 1919

Fernsprecher der Druckerei: Zentrum 2488

Postscheck-Konto: Berlin 26412

Fehrenbach an die Mitglieder der Nationalversammlung.

Der Präsident der Nationalversammlung Fehrenbach hat an die Mitglieder der Nationalversammlung folgende Depesche gerichtet:

Sitzung der Nationalversammlung am Dienstag, den 6. Mai, fällt aus, ebenso alle Fraktionssitzungen. Der Gang der Verhältnisse verlangt, daß sich alle Mitglieder vom 7. Mai ab zur sofortigen vorübergehenden Einberufung nach Berlin bereit halten. Ferner ist die Sitzung des Haushaltsausschusses, die in Weimar stattfinden sollte, auf Mittwoch, den 7. Mai, vormittags 10 Uhr, nach Berlin, Wilhelmstr. 74, verlegt worden.

Die drohende Haltung der Polen.

Danzig, 3. Mai.

Der deutsche Volksrat für Westpreußen hat in Anbetracht der immer drohender werdenden Haltung der Polen nachstehendes Telegramm an die maßgebenden Reichsbehörden gesandt:

„Die Rede Hallers in Krotoschin und fortgesetzt aufhetzende Nachrichten der polnischen Presse machen die Befürchtung, daß die Armee Hallers zum Angriff auf die deutsche Ostmark bestimmt ist, zur Gewißheit. Neben anderen polnischen Propagandazentralen bearbeitet die polnische Gesellschaft zur Wiedergewinnung systematisch die öffentliche Meinung des Auslandes. Wir fordern daher Verhinderung weiterer Sendungen Hallerscher Truppen durch Deutschland."

Hierzu wird von zuständiger Stelle erklärt: Es ist vertraglich festgelegt, daß die Hallerschen Truppen unter keinen Umständen zu Angriffen auf deutsches Reichsgebiet verwendet werden dürfen. Wegen beobachteter auffallender Bewegungen ist bekanntlich im Zusammenhang mit der provokatorischen Rede des Generals Haller bei Marschall Foch angefragt worden. Bis zum Eingang der hierauf zu erwartenden Antwort wird die Reichsregierung, sofern nicht besondere Umstände eintreten, keine neuen Maßnahmen treffen.

Zur Geschichte des letzten Erzbergerschen Protestes.

Wie wir hören ist die Note des Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstandskommission, des Reichsministers Erzberger an den Generalissimus Foch, wegen der verstärkten polnischen Gefahr für unsere Ostgrenze, auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Kabinetts ergangen. Weiter verlautet, daß auch von militärischer Stelle, u. a. von General Groener, die Meinung vertreten wird, daß der Transport polnischer Truppen durch Deutschland sofort einzustellen sei, wenn die immer sichtbarer werdenden polnischen Vorbereitungen tatsächlich in einen Angriff auf unsere Grenzen auslaufen sollten.

Polnische Kartoffeln für Deutschland.

Berlin, 3. Mai.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Die in Danzig unter dem Vorsitz der amerikanischen Lebensmittelkommission in Warschau geführten Verhandlungen über Kartoffellieferungen haben gestern zu folgendem Ergebnis geführt: Die polnische Regierung hat sich verpflichtet, Deutschland zunächst sofort 90000 To. Speisekartoffeln zu liefern, für die Uebernahme der polnischen Kartoffellieferung nach Tschecho-Slowakien auf deutscher Strecke erhielt Deutschland ferner als Entschädigung für die Frachtleistungen weitere 5000 Tonnen Kartoffeln. Die Lieferung polnischer Kartoffeln nach Tschecho-Slowakien erfolgt auf Verlangen der amerikanischen Lebensmittelkommission in Wirksam.

Die polnische Regierung hat außerdem unter Garantie der amerikanischen Mission die Verpflichtung übernommen, künftige Beschießungen und sonstige Beschädigungen oder Störungen des Eisenbahnverkehrs und der Eisenbahnanlagen auf der Strecke Bromberg—Nakel—Schneidemühl—Kreuz zu verhindern.

Ueber die Frage der Freigabe der Netze wird bereits an anderer Stelle verhandelt. In Anbetracht der Notlage Deutschlands in der Kartoffelversorgung bei der vorgeschrittenen Jahreszeit konnte das Ergebnis dieser Verhandlungen nicht mehr abgewartet, dagegen mußte der Abschluß der Kartoffellieferungsverträge unverzüglich vollzogen werden.

Die Anschlußverhandlungen mit Deutsch-Oesterreich.

TU **Wien**, 3. Mai.

Die Verhandlungen in der Anschlußfrage sind, entgegen anderslautenden Meldungen soweit fortgeschritten, daß, wenn erst der Zeitpunkt gekommen ist, sie in zwei Tagen gänzlich abgeschlossen werden können. Es liegt heute lediglich in der Natur des Gegenstandes selbst, daß endgültige Abmachungen noch nicht getroffen werden konnten. Ich leuchtet ja ganz von selbst ein, daß weder Deutschland noch Oesterreich heute etwa das Verhältnis ihrer Währungen feststellen können, wo sich noch nicht beurteilen läßt, welche Lasten ihnen beiden eingeln im Frieden auferlegt werden. Ueber die Grundsätze der zukünftigen Behandlung der Frage ist man aber vollständig einig geworden. Demnächst findet die Fortsetzung der Verhandlungen in Berlin statt.

— **Der Strafantrag im Humbertprozeß.** Gegen Humbert wurde die Anwendung der gesetzlichen Höchststrafe von 5 Jahren wegen Verbindung mit dem Feinde gefordert. Der Strafantrag gegen Lodovici steht eine leichtere Strafe vor.

Vor der Ueberreichung des Vorfriedensvertrages.

Die fünf Vertragsteile.

Vs **Hamburg**, 3. Mai.

Eigener Drahtbericht.

Dem „Hamburger Fremdenblatt" wird aus dem Haag mitgeteilt: Wie man in Paris hört, wird der Friedensvertrag mit einer Einleitung beginnen, worin die Gründe auseinandergesetzt werden, warum die verschiedenen Parteien der Alliierten und Assoziierten in den Krieg gezogen sind und warum die Notwendigkeit für einen Völkerbund anerkannt wird. Der zweite Hauptteil befassen. Der dritte Hauptteil wird alle Bedingungen enthalten, die sich auf die Grenzregulierung aller Staaten mit territorialen Veränderungen bezieht. Der vierte Teil wird sich mit militär-maritimen und Luftverkehrs-Bedingungen befassen. Der fünfte Teil handelt über die deutschen Kolonien. In London erwartet man, daß man die Verträge mit Deutschlands früheren Bundesgenossen ungefähr vierzehn Tage nach Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages fertigstellen werde. Nicht weniger als neun Staaten sollen Mandate für die Verwaltung türkischer Landesteile erhalten.

*

Versailles, 2. Mai.

„Echo de Paris" teilt mit, daß bei der Ueberreichung des Vertrages nur die ersten Delegierten der vertragschließenden Mächte, also für Deutschland nur Graf Brockdorff-Rantzau, zugegen sein werden. Ein Anzug des Vertrages soll am Sonntag der Presse mitgeteilt werden, den Wortlaut werde Clemenceau am 15. Mai der Kammer vorlegen.

Einladung an Oesterreich.

Wien, 3. Mai.

(Verspätet eingetroffen.)

Die Deutsch-Österreichische Staatskorrespondenz teilt mit: Der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte beschloß, die österreichischen Delegierten einzuladen, sich mit Vollmachten versehen Montag, den 12. Mai abends in Saint Germain-en-Laye einzufinden, um die Friedensbedingungen mit den alliierten und assoziierten Mächten zu prüfen.

Neue Unstimmigkeiten.

Versailles, 2. Mai.

Die gestrigen Erörterungen der Pariser Konferenz erstreckten sich hauptsächlich auf die belgische Frage und die Kabelfrage. „Journal" erfährt, daß in belgischen Kreisen die lebhafteste Verstimmung und Erregung herrsche. Man sei der Ansicht, Belgiens Leiden und Opfer würden nicht genügend berücksichtigt; man tue nichts für seine Wiederherstellung. Die Engländer und Amerikaner überschwemmten das Land mit ihren Erzeugnissen, anstatt Rohstoffe für die Industrie zu liefern, sodaß die Arbeitslosigkeit einen täglich beunruhigenderen Umfang annehme. Belgiens Geduldige und Sicherheit würden auch durch den Friedensvertrag keineswegs befriedigt, sodaß ein Bruch durch gute Worte nicht mehr vermieden werden könne.

Auch in der Kabelfrage kam es zu den ernstesten Unstimmigkeiten. Die Erörterung ist eine Frage, ob die Kabel als Kriegsbeute betrachtet und demnach an Deutschland zurückgegeben oder als Entschädigung unter die Alliierten verteilt werden sollten, verlief so erregt, daß die vier Minister des Aeußeren, welche die Frage besprachen, es für notwendig hielten, mit dem Rat der Drei zu einer gemeinschaftlichen Sitzung zusammenzutreten, um einen endgültigen Beschluß zu fassen. Man hofft, daß heute die Entscheidung gefällt werden kann.

Ein neuer Vorschlag Wilsons an Italien.

Rotterdam, 3. Mai.

Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus London, daß Präsident Wilson Orlando einen neuen Vorschlag bezüglich Fiumes gemacht habe, der im großen ganzen mit dem britisch-französischen Vorschlag übereinstimme.

*

Rotterdam, 2. Mai.

Nach einer Pariser Meldung des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wartet die italienische Regierung Vorschläge aus Paris ab. Sie wünsche keineswegs den Bruch mit den Assoziierten. Italien werde aber den Friedensvertrag nur dann unterzeichnen, wenn es sicher sei, daß der Londoner Vertrag in die Friedensbedingungen aufgenommen wird.

Finanzverhandlungen in Versailles.

Versailles, 2. Mai.

Die in Plessis Pillette begonnenen Finanzunterhandlungen wurden einer Tempsmeldung zufolge heute in Versailles weitergeführt. Frankreich war durch Lafferie, die Vereinigten Staaten von Amerika durch Norman Davis, Großbritannien durch Keynes, Italien durch Jung vertreten.

*

TU **Frankfurt a. M.**, 3. Mai.

Wie die „Ffk. Ztg." erfährt, ist Herr Oskar Oppenheimer, Inhaber des Frankfurter Bankhauses Lincoln Menny Oppenheimer, als Finanzsachverständiger von der deutschen Regierung nach Versailles berufen worden.

2½ Milliarden Schadenersatz für Belgien.

TU **Amsterdam**, 3. Mai.

Nach einer Meldung aus Brüssel veröffentlicht der „Soir" den offiziellen Inhalt des Friedensvertrages, der dem Minister Hymanns vorgelegt wurde. Belgien wird sofort eine Entschädigung von von 2½ Milliarden erhalten und weiter die Rückgabe der industriellen Materialien und des Viehes, Malmedy und Eupen werden Belgien zugewiesen werden. Was die Frage der niederländischen Gebiete und der Scheldeschiffahrt anbetrifft, wird die Konferenz den belgischen Ansprüchen nicht nachkommen. Der belgische Ministerrat unter dem Präsidium Vandervelides wird heute über den auf diese Weise geschaffenen Zustand verhandeln.

*

Amsterdam, 3. Mai.

Einer Havas-Neutermeldung aus Brüssel zufolge schreibt das Blatt „Vingtième Siecle", daß der Rat der Drei die Rückgabe der Kantone Malmedy und Eupen an Belgien von einem Referendum abhängig gemacht habe. Bezüglich der Scheldefrage hätten die Mächte Belgien ihre Unterstützung bei den Verhandlungen, die es mit den Niederlanden führen müsse, zugesagt, damit Belgien günstigere Bedingungen für seine Scheldeschiffahrt und das Durchgangsrecht seiner nach dem Rhein fahrenden Transporte auf der Maas erhält. Es gehe das Gerücht, daß die Mächte Belgien seine Kriegsschuld, die mehr als sechs Milliarden beträgt, erlassen wollten.

Wilson über das neue Arbeiterrecht.

Washington, 2. Mai.

Reutermeldung.

Wilson telegraphierte an seinen Sekretär in Washington, daß das Uebereinkommen über das Arbeiterrecht eines der wichtigsten Werke der Friedenskonferenz sei. Es werde mehr als irgend etwas anderes dazu beitragen, die unglückliche Lage zu verbessern, in der sich die Arbeiterklasse in vielen Gegenden befinde.

Die Einnahme Münchens.

Bamberg, 3. Mai.

Der Einmarsch in München von allen Seiten wurde planmäßig vollzogen. Die Rote Armee leistet an vielen Stellen heftigen Widerstand. Im Unterneuvierteil Pasing und südlich des Bahnhofs wird noch gekämpft. Die Verluste sind mäßig. Das Korps Oven ist im Wittelsbacher Palais. Die drei Eisenbahnbrücken einschließlich der Hackerbrücke sind im Besitze der Regierungstruppen. Justizpalast und Hauptbahnhof sind nach Angaben von Einwohnern ebenfalls durch Regierungstruppen besetzt.

*

Gegenüber der Nachricht, daß die bayerische Regierung zugestimmt habe, die preußischen Truppen solange in Bayern zu belassen, bis das Reichswehrgesetz in Bayern durchgeführt ist, hören wir von zuständiger Stelle, daß ein solches „Abkommen" mit der Bayerischen Regierung nicht getroffen worden ist. Die preußischen Truppen werden solange in Bayern bleiben, als die Bayerische Regierung es wünscht, jedenfalls aber nicht länger, als bis nach Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung in Bayern.

Der rumänische Vormarsch gegen Budapest.

TU **Wien**, 3. Mai.

Die Rumänen setzen ihren Vormarsch gegen Budapest fort. Sie haben die Theiß überschritten und ihrem Einzug in Budapest steht kein Hindernis mehr entgegen. In der Spitzengruppe der Rumänen befindet sich ein großer Teil ehemaliger aktiver ungarischer Militärs und Gegner des kommunistischen Regimes. In dieser Gruppe befindet sich auch die künftige ungarische Regierung, die unter der Oberherrschaft der Entente gebildet worden ist. Es heißt, daß Stefan Ugron, der unter dem Regime Karolyis Minister des Innern war, zum Ministerpräsidenten ausersehen ist. Ferner befindet sich bei dieser Gruppe das ehemalige Mitglied der Regierung Usmaczy. Ministerpräsident Ugron soll sich auch bereits an Garamy gewandt haben, der unter Karolyi als Sozialdemokrat Handelsminister war, infolge seiner Gegnerschaft gegen den Kommunismus hatte er dann an der Räteregierung nicht teilgenommen. Vermutlich wird in der Regierung auch der ehemalige Minister Graf Apponyi vertreten sein, wenn es gelingt, ihn unversehrt aus den Händen der Kommunisten zu befreien, die ihn durch kommunistische Matrosen aus seiner Wohnung fortgeschleppt haben.

Budapest, 3. Mai.

Das Ungarische Telegr.-Korr.-Bureau meldet vom 2. Mai: Die Rumänen haben am 1. Mai den Szolnoker Brückenkopf genommen und haben hier die Theiß überschritt. Bei Tisza-Polgar setzten schwächere rumänische Kräfte über die Theiß. Unsere bei Sajo-Szentpeter stehenden schwächeren Kräfte zogen sich infolge der beiderseitigen Umgehungsbewegung der Tschechen zurück. Miskolcz wurde geräumt. Die Truppen stehen südlich von Miskolcz in einer Aufnahmestellung. Vor den bei Banreve vorgedrungenen tschechischen Kräften sind unsere Truppen im Rückzuge gegen Apatfalva begriffen. An den übrigen Fronten keine wesentliche Veränderung. Die Hauptursache der militärischen Schlappen ist die Disziplinlosigkeit eines großen Teiles unserer Truppen.

Politischer Tagesspiegel.

Also doch Berlin...?

Die gestrige zweite Sitzung des Friedensausschusses der Nationalversammlung, die nach Lage der Dinge sonst nicht gerade ergiebig sein konnte, hat wenigstens ein immerhin erfreuliches Ergebnis gebracht: es dürfte schon jetzt als entschieden anzusehen sein, daß die Nationalversammlung nicht mehr in Weimar zusammentreten wird, wenn nicht ganz unerwartete Zwischenfälle eintreten. Nachdem der Ministerpräsident Scheidemann erklärt hat, daß sachliche Gründe für die Verlegung der Nationalversammlung nach Berlin nicht mehr vorhanden sind, sondern daß lediglich Erwägungen äußerlicher Art noch vor dem endgültigen Entschluß der Regierung stehen, daß es kein Hindernis mehr geben: Die Nationalversammlung muß nach Berlin! Jetzt bietet sich dem Berliner Magistrat, der sich in so dankenswerter Weise für die Verlegung nach Berlin ausgesprochen hat, Gelegenheit, dafür zu sorgen, daß die Nationalversammlung während der Wochen, die noch zur Instandsetzung des Reichstagsgebäudes gebraucht werden, ein passendes Unterkommen findet!

*

Französische Aufklärung.

Die „Grevenbroicher Zeitung" (im besetzten Gebiet) brachte, den „Düsseldorfer Nachrichten" zufolge, vor einigen Tagen auf der ersten Seite in großen Lettern auf Befehl des französischen Beschlshabers folgende Bekanntmachung:

Der Generalkommandant der 77e. D. J. an den Ortskommandanten von Grevenbroich.

Das deutsche Volk, seit 4½ Jahren betrogen durch seine Regierung, glaubt schwerlich an die Wirklichkeit der Grässlichkeiten, begangen durch die deutschen Truppen. Es ist erforderlich, daß es aufgeklärt wird: es wird somit besser die schwere Schuld, welche es gegenüber der Entente auf sich geladen hat, verstehen. Demgemäß ordne ich an, daß zur Aufklärung des Gewissens der rheinischen Bevölkerung der unter meinem Befehl stehenden besetzten Gebiete die Grevenbroicher Zeitung den zwölften Bericht, erschienen im Journal Officiel der französischen Republik (Nr. vom 1. April 1919), auf der ersten Seite an Stelle des Feuilletons zu veröffentlichen hat.

J. A.: Der Chef des Generalstabes.

Tatsächlich beginnt die Zeitung in derselben Ausgabe den Abdruck des Greuelberichts. Selbst in Entente-Lager ist den Einsichtigen oder doch den Geschmackvollen allhätzlich die Exterminis gekommen, daß diese von einer perversen Phantasie erfundenen Feuilletonscheußlichkeiten ihre eigenen Urheber und nicht die Deutschen belasten. Der Generalkommandant der 77e. D. J. aber ist geschmacklos und unverschämt genug, den wehrlosen Einwohnern des besetzten Gebietes „zur Aufklärung des Gewissens" mit Gewalt einen Bericht vorzusetzen, den jeder anständige Deutsche als rohe und niedrige Beleidigung empfinden muß. Der Erfolg, den der Kommandant erzielen wird, dürfte ja das glatte Gegenteil dessen sein, was der beschränkte Verstand dieses „Ziegers und Kulturträgers" erwartet, dennoch wäre zu wünschen, daß die Waffenstillstandskommission gegen diese feche Verhöhnung und selge Aufreizung unserer linksrheinischen Mitbürger schärfsten Einspruch erhebt.

*

Kleine Anfrage.

An die würdigen Werke, die der Reichspräsident anläßlich der Auflösung des Großen Hauptquartiers für Hindenburg gefunden hat, knüpft das hiesige Organ der U. S. P. folgendes Kommentar:

Hindenburg mag als Militär seine Verdienste haben, das Proletariat wird ihn nicht zu denen rechnen, auf die es stolz zu sein hat.

Und wie hat das „Proletariat" von Königsberg, Danzig, Allenstein, Gumbinnen und Insterburg über Hindenburg im Herbst 1914 nach Tannenberg und der Masurenschlacht gedacht? Dem Verfasser des obigen Kommentars wäre, wenn er ostpreußischer Proletarier gewesen wäre, die Minute eines stolzen allem Ansehen nach lieber gewesen, als die Einquartierung eines Hindenburgsoldaten.

Kleine Nachrichten.

Wie die „Germania" an zuständiger Stelle erfährt, hat Kaiser Wilhelm an die Regierung das Ersuchen gerichtet, nach Deutschland, und zwar auf sein Gut Kadinen, zurückkehren zu dürfen. Der Reichsregierung ist, wie wir hören, davon nichts bekannt.

*

In der Freitagsitzung des Leipziger Großen Arbeiterrats wurde von der kommunistischen Fraktion der Antrag gestellt, im Falle eines Einrückens der Noskeltruppen zur Durchführung des Belagerungszustandes sofort in den Generalstreik einzutreten. Nach langer Debatte wurde die Vertagung der Abstimmung bis zum nächsten Montag beschlossen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu dem Antrage Stellung zu nehmen.

*

Die „Times" meldet aus New-York: Die unterseeischen Kabel der Privatgesellschaften, die im Kriege verstaatlicht worden waren, werden demnächst zurückerstattet. General Hofmeister bekundete in dieser Frage eine ablehnende Haltung, doch war der Widerspruch zu stark.

*

Dem „Nieuwe Rotterdamschen Courant" zufolge ist gestern nachmittag der Dampfer „Nowara" mit ausgewiesenen China-Deutschen an Bord in Rotterdam eingetroffen. Die Ausschiffung und Weiterreise der Deutschen nach Deutschland findet heute statt.

Wilna und Grodno polnisch?

Vs **Hamburg**, 3. Mai.

Eigener Drahtbericht.

Aus Genf wird gemeldet: Nach einer Havasmeldung aus Warschau hat der polnische Landtag einen Gesetzentwurf angenommen, wonach die polnischen Gebiete der Bezirke Wilna und Grodno dem polnischen Staate angegliedert werden sollen.

Abschluß am 31. Dezember 1918.

Vermögenswerte.	M	₰
Grundstücke u. Gebäude	942557	16
Einrichtungen	1	—
Alte Rechnung	5240	47
Darlehn	86102	—
Außenstände	288937	07
Grundstücksbelastung, Erwerb	528650	—
Beteiligungen	3750	—
Hinterlegungen und Kostenvorschüsse	1819	04
Vorausbezahlte Versicherungen	378	00
Kassenbestand	732	60
Gewinn- und Verl.-Rechng.	118913	61
	1972081	55

Verbindlichkeiten.	M	₰
Grundkapital	1320000	—
Grundstücksbelastung	444125	—
Schulden	104105	—
Rückstellung f. Wohlfahrtseinrichtungen	59094	—
Rückstellung f. zweifelh. Forrungen	34857	55
	1972081	55

Gewinn- und Verlust Rechnung.

Soll.	M	₰
Verlust-Vortrag aus 1917	171977	84
Allgem. Unkost.	54292	18
Zinsen f. Grundstücksbelastung	34558	29
Grundstücksunkosten	1000	23
Abschreibungen	75935	—
	337763	54

Haben.	M	₰
Zinsen	45714	18
Gewinn aus Wertsteigerungen	112	15
Hausertrag	10318	34
Hausentschädigung	102645	26
Verlust-Vortrag aus 1917	171977	84
ab Gewinn f. 1918	55064	23
	118913	61
	337763	54

Berlin, 31. Dez. 1918.

Preußisches Leihhaus.
Albert Chodziesner.
ppa. **Rudolf Jaenisch.**

Bilanz per 31. Dezember 1918.

Aktiva.	M	₰
Kassa u. Bankguthaben	145829	09
Grundstücke	251073	26
Debitoren	6031	25
Hypotheken	268500	—
Kanalisationskonto	15350	55
Zaunkonto	1	—
Inventarkonto	1	—
Pflasterkonto	2072	92
Kriegsanleihekonto	181700	—
	870559	07

Passiva.	M	₰
Reservefonds	76033	31
Liquidat.-Kto. V	850	—
„ „ VI	2550	—
„ „ VII	1700	—
„ „ VIII	850	—
„ „ IX	1800	—
„ „ X	1050	—
„ „ XI	1150	—
„ „ XII	7500	—
Kreditoren	6000	—
Gewinn-Saldo	772075	76
	870559	07

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	M	₰
Unkost. einschl. Steuern und Tantieme	19059	55
Kursverlust an der Kriegsanl.	11850	—
Gewinn-Saldo	772075	76
	802985	31

Haben.	M	₰
Vortrag aus 1917	769914	01
Zinsen	31024	80
Pachten	2046	50
	802985	31

Wir bringen eine dreizehnte **Liquidationsrate** von **Mark 50.—** für jede unserer Aktien zur Ausschüttung. Zur Erhebung dieser Rückzahlung sind die Aktien mit einem doppelten arithmetisch geordneten Nummernverzeichnis an der Kasse des Bankhauses **Bereht & Sohn**, Berlin NW., Roonstraße 8, vorzulegen. (oeo)

Berlin, 29. April 1919.

Bauverein Weißensee in Liquidation.
Die Liquidatoren:
Th. Rathmann. W. Rauh.